



## Bundesregierung muss Lohndumping-Politik beenden – zwölf Euro Mindestlohn jetzt!

Pressemitteilung von Susanne Ferschl, 13. Februar 2020

**„Es ist höchste Zeit, dass die CDU/CSU ihre Blockadehaltung aufgibt und anerkennt, dass der derzeitige Mindestlohn ein Mangellohn ist und die Löhne in ganz Europa drückt. Eine Erhöhung auf mindestens zwölf Euro ist längst überfällig und muss bei der diesjährigen Evaluation umgesetzt werden“, erklärt Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zu den Ergebnissen des Internationalen Mindestlohnreports der Hans-Böckler-Stiftung. Ferschl weiter:**

„Die Bundesregierung muss ihre Politik des Lohndumpings beenden und damit aufhören, der deutschen Wirtschaft Wettbewerbsvorteile durch Niedriglöhne zu verschaffen. Der Wettbewerb zwischen Unternehmen und Staaten muss über die Produkte ausgetragen werden und nicht über Löhne, Arbeits- und Sozialstandards. Bei den Löhnen, Arbeits- und Sozialstandards sollten wir als stärkste Wirtschaft im Euroraum Vorreiter sein. Das würde den Beschäftigten in Deutschland und in ganz Europa helfen.“

Um der Lohnkonkurrenz zu begegnen fordert DIE LINKE, dass die EU-Staaten verpflichtet werden, flächendeckende Tarifverträge zu fördern und einen Mindestlohn einzuführen. Die Höhe muss in jedem Land oberhalb von 60 Prozent des mittleren Verdienstes liegen. Das wäre ein wichtiger Schritt hin zu einem sozialen Europa.“